

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der
UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
19.05.2014, 13:00 bis 16:00 Uhr*

Vorsitz: Marianne **Schulze**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin **Ladstätter**

Marianne **Schulze**

Florian **Wibmer**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Gunther **Trübswasser**

Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johannes **Trimmel**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula **Naue**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Vertreterin der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Bernadette **Feuerstein**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johanna **Mang**

Vertreter der wissenschaftlichen Lehre:

Wolfgang **Nowak**

Büro: Waltraud **Palank-Ennsmann**

Wolfgang **Iser**

BSB: entschuldigt

GebärdensprachdolmetscherInnen:

Patricia **Brück**

Christian **Bruna**

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor Tagesordnung, Entwurf Protokoll der letzten Sitzung, Resümeeprotokoll der Sitzung mit den Ländern, Entwürfe von Stellungnahmen Kunst & Kultur und Bgld. GPB-A-G sowie Punktationen NAP 2.0, Bewusstseinsbildung und Bericht an den Bundesbehindertenbeirat.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 6. Mai 2014 wird beschlossen. Das Resümeeprotokoll zum Vernetzungstreffen mit den Länderorganen wird zur Kenntnis genommen.

3. Umlaufbeschlüsse zu Stellungnahme zu diversen Gesetzesentwürfen

Die Umlaufbeschlüsse zu Novellen zu B-VG (Recht auf Informationsfreiheit), Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2014, Schulbehörden Rechtsbereinigung 2014 sowie HochschulInnenchaftsgesetz werden dokumentiert.

4. Nachbesprechung der öffentlichen Sitzung in Linz am 06.05.2014, „Barrierefreie Behördenwege“

Die Mitglieder kommen überein, dass das Thema ein wenig sperrig gewesen sei, und die Stimmung nicht so überschwänglich gewesen sei wie bei Sitzungen. Das liege auch daran, dass relativ wenige SelbstvertreterInnen vor Ort gewesen seien, und OÖ auch noch einen hohen Anteil von Menschen mit Behinderungen in Institutionen aufweise. Gerade deswegen sei es aber wichtig gewesen, dass der Ausschuss präsent war.

Zur Logistik wird angemerkt, dass die Schriftzeile noch verbesserungswürdig sei, und dass Gebärdensprachdolmetschung gleichzeitig für das Podium und für das Publikum schwierig zu bewerkstelligen sei. Eine Spiegeldolmetschung wird andiskutiert. Für das „Zeichenprotokoll“ sei ein anderer Name zu finden, da der Titel falsche Hoffnungen macht und es unmöglich den gesamten Sitzungsverlauf abbilden könne. Die Anregung einer Teilnehmerin, nicht nur schlechte Erfahrungen, sondern auch „good story telling“ zu ermöglichen wird angenommen.

5. Nachbesprechung der Sitzung mit den Länderorganen

Das Treffen mit den VertreterInnen der mit der Überwachung der Konvention beauftragten Länderorgane sei ein guter Neuanlauf gewesen. Wichtig sei, dass man die Kräfte in Bund und Ländern bündle und man inhaltlich akkordiert kommuniziere. Der Sitzungsvorsitz solle künftig rotieren. Die Ausschussmitglieder mögen sich überlegen, was die Erwartungen für die geplante Oktobersitzung seien. Eine entsprechende Befragung an die LändervertreterInnen wird in Erwägung gezogen.

6. Stellungnahme „barrierefreie Kunst und Kultur“, Entwurf

Die Stellungnahme wird diskutiert und beschlossen. Die Vorsitzende werde noch die Ergebnisse der Diskussion einarbeiten und anschließend das Dokument übermitteln.

7. Stellungnahme zur Burgenländischen Gesundheits-, Patientinnen-, Patienten- und Behindertenanwaltschaft

Die Stellungnahme zum Bgld. GPB-A-G wird diskutiert und beschlossen. Die Vorsitzende werde noch die Ergebnisse der Diskussion einarbeiten und anschließend das Dokument übermitteln.

8. Stellungnahme „NAP 2.0“

Die Mitglieder kommen überein, dass die Struktur des Entwurfs in der jetzigen Form zu aufwändig sei. Die Vorsitzende schlägt vor, sie werde zu jeder der 25 Empfehlungen des Fachausschusses einen kurzen Text mit Abgleich zu geplanten NAP-Maßnahmen, deren Umsetzungsstand und dringend erforderlichen Minimalschritten entwerfen.

9. Punktation Bewusstseinsbildung

Die Punktation wird diskutiert. Die Mitglieder kommen überein, dass insbesondere internationale Best-Practice-Beispiele wichtig wären. Weiters wird darauf hingewiesen, dass Bewusstseinsbildung primär Aufgabe des Staates sei, und der Ausschuss nur darauf hinweisen könne, in welche Richtung sie gehen solle.

10. Vorbereitungen Termin 4. Juni

Teilnehmer werden neben der Vorsitzenden voraussichtlich Herr Ladinser, Frau Naue, Herr Nowak, Frau Weissenberg, Herr Wibmer und Frau Wurzinger. Die Tischvorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Bundesbehindertenbeirat 11. Juni

Die Punktation wird diskutiert. Die Vorsitzende werde eine ca. 2-seitige Tischvorlage vorbereiten, auf der 1. Seite die dringendst zu erledigenden Aufgaben, auch unter Verweis auf den Aktionsplan Menschenrechte.

12. Kommunikation des Ausschusses

Die Vorsitzende ersucht, um zu viele E-Mails zu vermeiden, bei Anmerkungen zu kursierenden Textentwürfen nur ihr zu antworten, sie werde die Koordination übernehmen. In dem Zusammenhang ersucht sie auch, verschiedene Textversionen immer sowohl im Dokumentennamen als auch im Text selbst gesondert zu benennen.

13. Berichte

- a) Die Vorsitzende berichtet von der Arbeitsgruppe zur Neuübersetzung der Konvention. In den Zusammenhang sei auch diskutiert worden, dass BMEIA, BKA und BMASK unterstützt vom Ausschuss und der Volksanwaltschaft eine öffentliche Sitzung machen könnten.
- b) Herr Ladstätter berichtet von einer Veranstaltung von IVS Wien zu Unterstützter Entscheidungsfindung.
- c) Die Vorsitzende berichtet von einer Sitzung im BMJ zu einer Sachwalterschaftsrechtsnovelle (insb. Erbschafts- und Eherecht).
- d) Herr Wibmer berichtet von der zweiten Sitzung im BKA zum Bild von Menschen mit Behinderungen in der öffentlichen Darstellung. Es sei ein Best-Practice-Projekt von Leitmedien.de vorgestellt worden, ein wichtiges Thema sei auch der Presserat gewesen. Nächster Termin sei am 24.06.14.

14. Termine

- a) **Runder Tisch am 4. Juni 2014, 10:00 bis 13:00, Saal V**, zum Thema Schnittstelle Behindertenhilfe/Gesundheitsversorgung unter Einbindung der Länder, Hauptverband, Behinderten- und Gesundheitssprecher/innen der Parteien.
- b) Nächste Sitzung: **30. Juni 2014, 13:00 bis 16:00, Saal IV**.
- c) **Öffentliche Sitzung** im Herbst: **21. oder 23. oder 28. oder 30. Oktober**.
- d) **22. oder 29. Oktober**: Vernetzungstreffen mit den **Ländern**.

15. Allfälliges

Mögliche Themen der öffentlichen Sitzung im Herbst seien Deinstitutionalisierung, Recht auf Familie, Zivilschutz, Bewusstseinsbildung. Es gehe darum, wo könne etwas bewegt werden, wo gebe es international positive Vorbilder?

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Johannes Trimmel
(Schriftführer)